

**L1 WE ARE HERE! AND WE ARE QUEER! - FÜR EIN RADIKAL  
QUEERFEMINISTISCHES POLITIKVERSTÄNDNIS**

Antragsteller\*in: Arbeitskreis Frauen, Inter\* und Trans\* und  
Landesvorstand GJHH  
Beschlussdatum: 05.12.2018  
Tagesordnungspunkt: 8. Leitantrag

**Antragstext**

1 Die Zukunft betrifft uns alle. Und genau darum muss Politik auch alle mit  
2 einschließen, allen die Möglichkeit geben, ihre Meinung in den politischen  
3 Diskurs einzubringen, um das Potential unserer vielfältigen Gesellschaft  
4 auszuschöpfen. Aber diese Vielfalt, lässt sich in der aktuellen politischen  
5 Landschaft nach wie vor nicht umfassend finden. Noch viel zu selten finden die  
6 Stimmen von Frauen und LGBTQIA\* (Abkürzung: Lesbian, Gay, Bisexual, Trans\*,  
7 Queer, Intersex, Asexual) Gehör.

8 Auch in einem Bundesland wie Hamburg sitzen in der Bürgerschaft nur 37% Frauen  
9 und keine einzige offen lebende Inter\*- oder Trans\*-Person.

10 Auch in einer weltoffenen Metropole wie Hamburg dürfen viele  
11 Partner\*innenschaften nicht adoptieren.

12 Darum sieht sich die GRÜNE JUGEND Hamburg in der außerordentlichen Pflicht,  
13 Politik so zu gestalten, dass die behauptete Möglichkeit zur Teilhabe endlich  
14 Realität wird. Wir wollen uns mit allen diskriminierten Menschen solidarisieren  
15 und endlich die nötigen Reformen und rechtlichen Schritte einfordern, die es  
16 für eine rundum gleichberechtigte Welt braucht.

**17 1. Selbstverständnis als queerfeministischer Verband**

18 Denn die GRÜNE JUGEND Hamburg begreift sich als queere Organisation, die allen  
19 sozialen und biologischen Geschlechtern, sowie allen sexuellen Orientierungen,  
20 sozialer geschlechtlicher (Selbst-)Darstellung und allem, was sich nicht  
21 definieren lässt, Platz und Entfaltungsmöglichkeiten bieten möchte.

22 Aus dieser Maxime lässt sich leicht eine Handlungsanweisung ableiten, denn  
23 Politik zu machen, bedeutet nicht nur Visionen zu haben, für die eigene und die  
24 Zukunft anderer zu kämpfen und etwas verändern zu wollen, sondern auch jene  
25 Visionen in klare Forderungen umzuwandeln und im politischen Alltag zu leben.

26 Zu dieser Erkenntnis ist die GRÜNE JUGEND Hamburg auch schon einmal gekommen  
27 und hat mit dem Antrag "FIT\* an die Macht" (September 2017) einen ersten  
28 Grundstein für eine klare Handlungsanweisung bezüglich unserer  
29 Selbstdefinition als queerfeministischer Verband verfasst.

30 Die Leitanträge der Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Hamburg  
31 (Dezember 2018) greifen viele der damals formulierten Ziele wieder auf und  
32 zitiert "FIT\* an die Macht" an vielen Stellen. Weshalb die GRÜNE JUGEND Hamburg  
33 dennoch erneut einen Beschluss zum Thema Queerfeminismus fassen soll, erklärt  
34 sich darin, dass diese Leitanträge allumfassender sein wollen. Wir begreifen  
35 Queerfeminismus nicht als Nischen- sondern als Querschnittsthema.

## 36 2. Geschlechterrollen abschaffen

37 Rollenzuschreibungen und Klischees bestimmen unser tägliches Leben und Handeln.  
38 Teilweise sitzen sie so fest, dass sie unterschwellig immer wieder zum Vorschein  
39 kommen - auch wenn wir uns ihrer Existenz bewusst sind. Vor allem in Bezug auf  
40 Geschlechter ziehen wir anhand von äußeren Merkmalen häufig Schlüsse:  
41 Mädchen verknüpfen wir beispielsweise eher mit der Farbe rosa, Jungs mit  
42 hellblau. Es wird angenommen, dass Jungs besser in Physik sind als ihre  
43 weiblichen Mitschülerinnen und Frauen zum Beispiel kein Interesse an  
44 Verkehrsthemen haben.

45 Nur in seltenen Ausnahmefällen wird mitgedacht, dass die binäre  
46 Geschlechtereinteilung überholt ist und sich nicht alle entweder als Mann oder  
47 als Frau einordnen lassen (wollen). Gerade Inter\*- und Trans\*-Menschen, sowie  
48 LGBTQIA\*s leiden in unserer Gesellschaft unter starken Vorurteilen, sie werden  
49 auch rechtlich diskriminiert.

### 50 2.1. IT\* lives matter

51 Die Situation von Inter\*- und Trans\*-Menschen in unserer Gesellschaft ist  
52 prekär. Sie werden als solche nicht anerkannt und als "krank" oder "unnormal"  
53 abgestempelt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) klassifiziert trans\*  
54 mittlerweile zwar nicht mehr als "Störung der Geschlechtsidentität", doch  
55 Trans\*-Menschen leiden immer noch unter dem Stigma, psychisch krank oder sogar  
56 gesellschaftsgefährdend zu sein.

57 Strukturell leiden Trans\*-Personen in Deutschland besonders stark. Ihnen wird  
58 ein würdevoller medizinischer Angleichungsprozess verweigert und auch die  
59 juristische Anerkennung einer Namens- oder Personenstandsänderung ist teuer und  
60 kompliziert. Sie müssen psychiatrische Gutachten vorlegen und somit nachweisen,  
61 dass sie tatsächlich trans\* sind. Es liegt also in der Entscheidungsmacht der  
62 begutachtenden Person, was eine enorme psychische Belastung ist und Hürden  
63 aufbaut. Dafür gilt die Maßnahme bei Vorliegen dieser Gutachten als  
64 medizinisch notwendig und wird durch die Krankenkassen bezahlt. Wir wollen daher  
65 sowohl die Pathologisierung von trans\* überwinden, gleichzeitig aber  
66 sicherstellen, dass entsprechende teure Angleichungsoperationen weiterhin nicht  
67 von den Betroffenen selbst zu tragen sind.

68 Trans\*-Personen wird der Weg zu einer geschlechtsangleichenden Operation also  
69 erschwert. Im Gegensatz dazu, wird sie bei intersexuellen Kindern ungefragt und  
70 leichtfertig durchgeführt. Direkt nach der Geburt wird oft überforderten  
71 Eltern eine Genitaloperation stark empfohlen, damit die Kinder in die  
72 gesellschaftliche Vorstellung der geschlechtlichen Binarität passen. Diese  
73 Eingriffe sind medizinisch nicht notwendig.

74 Die Folgen eines solchen Übergriffs sind sowohl psychisch als auch körperlich:  
75 Lebenslang müssen Betroffene Hormone einnehmen, leiden unter Schmerzen beim  
76 Wasserlassen und sind sexuell beeinträchtigt. Zusätzlich müssen sie sich  
77 vielfacher Nachbehandlungen unterziehen. Vaginaplastiken, die an Kindern geformt  
78 wurden, müssen regelmäßig gedehnt werden. Das stellt eine wiederholende,  
79 traumatisierende Gewalterfahrung dar und führt häufig aufgrund der verfrühten  
80 Fremdeinschätzung auch zu langfristigen psychischen Störungen.

81 Nicht nur Unbeteiligte sind über Intersexualität häufig uninformiert, auch  
82 Betroffene haben oft kaum Vorwissen. Sie erfahren sogar häufig erst nach vielen  
83 Jahren und per Zufall von ihrer Behandlung und den Eingriffen, die sie als  
84 Kinder über sich ergehen lassen mussten. In solchen Fällen wird außerdem die  
85 Einsicht in die eigenen Akten verweigert oder blockiert.

86 Das Thema ist so wenig in der Gesellschaft verankert, dass es wenig Wissen und  
87 viele Vorurteile darüber gibt. Es bedarf also einer umfassenden Bildungsarbeit,  
88 die in der Schule, aber auch außerhalb stattfinden muss. Dadurch wird das Thema  
89 nicht nur gesellschaftlich verankert, sondern Inter\*-Personen machen auch die  
90 Erfahrung, dass sie nicht alleine sind.

## 91 **2.2. Drittes Geschlecht**

92 Menschen nach ihrem Geschlecht zu kategorisieren ist überholt und gehört daher  
93 abgeschafft. Das langfristige Ziel muss sein, das Geschlecht aus dem Gesetz zu  
94 entfernen, um eine echte Gleichheit aller Menschen zu erwirken - unabhängig von  
95 ihrem biologischen oder sozialen Geschlecht. Ein erster Schritt dahin ist die  
96 Öffnung des binären Geschlechtersystems. Daher begrüßen wir die Einführung  
97 eines Dritten Geschlechts.

98 Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts soll es in Zukunft möglich  
99 sein, dass Inter\*-Personen ihre Geschlechtsidentität positiv im  
100 Geburtenregister eintragen lassen. Dieser Schritt war lange überfällig,  
101 beendet aber trotzdem keineswegs automatisch die allgegenwärtige Beschränkung  
102 auf binäre Geschlechter. Der Umsetzungsprozess muss daher kritisch begleitet  
103 werden, damit nicht nur isoliert eine Änderung im Personenstandsgesetz erfolgt,  
104 sondern diese Chance genutzt wird, um in der Breite eine Überwindung der  
105 binären Geschlechterwelt zu erreichen. Denn die Einengung auf binäre  
106 Geschlechter betrifft nicht nur Inter\*-Personen, sondern auch jene Menschen, die  
107 zwar biologisch eindeutig zugeordnet werden können, sich aber keiner der beiden  
108 binären Geschlechtern zugehörig fühlen. Wohlgemerkt betrifft dies den  
109 Großteil der Trans\*-Personen nicht, welche biologisch klar zugeordnet werden  
110 können und sich einem binären Geschlecht zugehörig fühlen, jedoch nicht  
111 ihrem biologisch zugeordneten Geschlecht. Entsprechend ist auch eine  
112 Grundgesetzänderung anzustreben, damit nicht nur die Gleichberechtigung von  
113 Mann und Frau verankert ist. Außerdem sollte der Unterschied zwischen  
114 biologischem Geschlecht und Geschlechtsidentität im Grundgesetz erwähnt und  
115 ein Diskriminierungsverbot bezüglich geschlechtlicher Identität  
116 festgeschrieben werden.

## 117 **2.3. Post-Gender**

118 Auch gesellschaftlich ist eine Abkehr vom binären Geschlechtersystem dringend

119 notwendig. Zwar ordnet sich ein Großteil unserer Gesellschaft einem Geschlecht  
120 zu, allerdings passen nicht alle in dieses Konstrukt. Es wird aber erwartet,  
121 dass sich alle in das binäre System einordnen. Es werden also eine  
122 Erwartungshaltung aufgebaut und Rollenzuschreibungen gemacht. Diese vereinfachte  
123 Kategorisierung ist überholt, denn nicht nur Männer und Frauen leiden unter  
124 Rollenzuschreibungen, auch non-binary-Menschen und alle, die sich nicht dieser  
125 Kategorisierung hingeben wollen, werden in diesem Zusammenhang benachteiligt.  
126 Wenn wir wegkommen wollen von Rollenzuschreibungen, muss das mit der Öffnung  
127 des binären Geschlechtersystems einhergehen.

#### 128 **2.4. Heteronormativität überwinden**

129 Nicht nur die Beschränkung auf binäre Geschlechter ist ein Problem in unserer  
130 Gesellschaft. Mit dieser Beschränkung einher geht die Annahme, dass lediglich  
131 romantische und sexuelle Beziehungen zwischen Mann und Frau akzeptabel seien.  
132 Diese Annahme ist rein ideologisch begründet und wird auch Heteronormativität  
133 genannt. Homosexuelle Beziehungen zwischen Menschen der gleichen  
134 Geschlechtsidentität sind vollkommen normal und sollten auch entsprechend  
135 behandelt werden. Leider ist es für homosexuelle Personen weiterhin nötig sich  
136 zu "outen" und damit als offen "anders" zu markieren. Gerade in eher  
137 traditionell geprägten Gegenden oder Familien wird die Homosexualität oft  
138 nicht akzeptiert. Den Betroffenen bleibt meist nur das Wegziehen in die Städte  
139 oder das Vorleben einer alternativen Realität. Jugendliche sind davon besonders  
140 betroffen. Oftmals leiden sie auch unter Outing durch Dritte und sind dann Opfer  
141 von Mobbing. Das führt auch zu der deutlich höheren Suizidrate unter  
142 homosexuellen Jugendlichen.

143 Dagegen gilt es dringend aktiv zu werden. Konkrete Maßnahmen sind die bessere  
144 Förderung von Hilfs- und Beratungsangeboten für Homosexuelle, Aufklärung in  
145 den Schulen und bei Eltern und endlich die Aufnahme eines Verbots der  
146 Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung in das Grundgesetz.

147 Darum fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg:

- 148 • die Marginalisierung von Trans\*- und Inter\*-Personen endlich zu beenden:  
149 Diesen Menschen und ihren Schicksalen muss zu Sichtbarkeit und  
150 gesellschaftlicher Akzeptanz verholfen werden. Hierzu braucht es  
151 schulische und außerschulische Bildungsangebote.
- 152 • die Schaffung von mehr Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten für Betroffene  
153 (Homosexuelle, Inter\*- und Trans\*-Personen) und Angehörige.
- 154 • die Abschaffung des Transsexuellengesetzes und Ersetzung durch ein  
155 zeitgemäßes Gesetz, das den Zugang sowohl zu geschlechtsangleichenden  
156 Maßnahmen, als auch Namens- und Personenstandsänderungen erleichtert und  
157 keine Legitimation mehr zu staatlicher Diskriminierung darstellt, wobei  
158 sicherzustellen ist, dass geschlechtsangleichende Operationen nicht von  
159 den Betroffenen zu bezahlen sind.
- 160 • dass jegliche medizinisch nicht notwendige geschlechtsangleichende  
161 Operationen ohne die Einwilligung der\*des Patient\*in verboten werden.

- 162 • mehr Forschungsarbeit zur Wirkung von Hormonbehandlungen und zur  
163 Verbesserung von geschlechtsangleichenden Operationen.
  
- 164 • eine verlängerte Aufbewahrung der Akten über die medizinischen Eingriffe  
165 und die Sicherstellung der Zugänglichkeit für die betroffene Person.
  
- 166 • die Aufnahme von einem dritten, nicht binären Personenstand in Artikel 3  
167 (2) Grundgesetz als ersten Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der  
168 jegliche Geschlechter keine Rolle mehr spielen und daher aus dem Gesetz  
169 gestrichen werden.
  
- 170 • die Aufnahme von Schutz vor Diskriminierung aufgrund von geschlechtlicher  
171 Identität und sexueller Orientierung in Artikel 3 (3) Grundgesetz.
  
- 172 • gendergerechte Sprache mit \* in allen digitalen und analogen  
173 Veröffentlichungen sowie dem allgemeinen Internetauftritt aller Hamburger  
174 Behörden.
  
- 175 • die Öffnung öffentlicher Toiletten weg von der Unterscheidung zwischen  
176 Männern und Frauen hin zu Toiletten für alle.

### 177 **3. My body - my choice: Sexuelle Selbstbestimmung**

178 Das Recht eines jeden Menschen, über das eigene sexuelle Verhalten und den  
179 eigenen Körper zu bestimmen, scheint heutzutage als selbstverständlich  
180 angesehen zu werden. Leider ist es dennoch ein sehr langer Weg, bis die  
181 vollständige sexuelle Selbstbestimmung, wie sie in weiten Feldern der  
182 Gesellschaft angepriesen wird, wirklich vorhanden ist. Ein erster Schritt in die  
183 richtige Richtung wurde mit der Definierung eines "Nein" als gesetzlich  
184 bindendes "Nein" und nicht als "vielleicht ja doch" oder "überzeuge mich!"  
185 getan. Um jedoch wirklich im öffentlichen Diskurs zum Verständnis von  
186 Einvernehmlichkeit und sexueller Selbstbestimmung weiter zu kommen, muss als  
187 erster unumstößlicher Grundsatz der Konsens zwischen den Teilnehmenden gelten.  
188 Das gilt für körperliche Nähe, Berührungen sowie für Sex.

189 Je weniger das Thema Sex und sexuelle Selbstbestimmung gesellschaftlich  
190 tabuisiert wird, desto leichter ist eine umfassende Aufklärungsarbeit in diesen  
191 und zugehörigen Themen möglich. Diese Enttabuisierung sollte Voraussetzung und  
192 Teil der Aufklärungsarbeit sein.

#### 193 **3.1. Aufklärung über diverse Beziehungsformen**

194 Besonders Sex und Partner\*innenschaften zwischen gleichgeschlechtlichen  
195 Partner\*innen, offene Partner\*innenschaftsformen und Partner\*innenschaften von  
196 mehr als zwei Personen werden bisher gesellschaftlich kaum thematisiert und  
197 erfahren im Diskurs häufig Abwertung und Ekel.

198 Aufklärung muss besonders auch in der Schule stattfinden. Hier wird das Thema  
199 "gleichgeschlechtliche Liebe" und anderer sexueller Orientierungen bisher, trotz  
200 der Auflistung in den Richtlinien für Sexualerziehung, kaum behandelt.

### 201 3.2. Verhütungsmittel

202 Auch in dem Bereich Verhütung muss deutlicher über alle Arten von  
203 Verhütungsmitteln, ihre Möglichkeiten und Risiken aufgeklärt werden. Um  
204 selbstbestimmt über seinen\*ihren Körper entscheiden zu können, ist eine  
205 breite Wissensgrundlage in diesem Bereich Voraussetzung. Nur durch eine  
206 umfassende Bildung über die Wirkungsweise von (hormonellen) Verhütungsmitteln  
207 auf den Körper mit ihren Vor- und Nachteilen kann eine bewusste und  
208 selbstbestimmte Entscheidung für oder gegen ein solches Verhütungsmittel  
209 getroffen werden. Die Vielfalt von Verhütungsmitteln und -methoden muss vor  
210 allem in der schulischen Sexualbildung mehr Beachtung geschenkt werden. Zur  
211 Verhütung gehören immer alle Beteiligten, es ist damit nur logisch, auch alle  
212 Menschen gleichermaßen über dieses Thema umfassend aufzuklären. Eine bloße  
213 Benennung von „Möglichkeiten zur Empfängnisverhütung“ reicht hierbei noch  
214 lange nicht aus! Ebenfalls unerlässlich, ist der konkrete Verweis auf  
215 professionelle Institutionen, die Hilfestellungen, Informationen und Beistand  
216 anbieten.

217 Der Zugang zu wirksamen Verhütungsmitteln und das Wissen darüber dürfen  
218 außerdem nicht von finanziellen Mitteln abhängen.

219 Um sich und den eigenen Körper vor einer ungewollten Schwangerschaft oder der  
220 Infektion mit einer Geschlechtskrankheit schützen zu können und jeder\*m die  
221 selbstbestimmte Ausübung der eigenen Sexualität zu ermöglichen, muss jeder\*m  
222 ein niedrigschwelliger Zugang zu umfassender Sexualbildung, Beratungsstellen und  
223 entsprechenden Verhütungsmitteln und -methoden ermöglicht werden. Nur so kann  
224 in Zukunft die freie Entscheidung über den eigenen Körper und die sexuelle  
225 Identität gestärkt werden.

226 Darum fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg:

227 • mehr Aufklärungs- und Bildungsangebote zum Thema Konsens. Hiermit muss  
228 bereits früh genug begonnen und die Wichtigkeit betont werden.

229 • die Förderung von Aufklärungsarbeit über sexuelle und geschlechtliche  
230 Vielfalt und die Auswahl an Verhütungsmitteln mit ihren Vor- und  
231 Nachteilen.

232 • die Ausgabe von kostenlosen Kondomen und Lecktüchern an zentralen  
233 Anlaufstellen.

234 • kostenlose Verhütungsmittel, begleitet von umfassender Aufklärung und  
235 Beratung.

### 236 4. Sexuelle Gewalt

237 Gewalt gegen Frauen und queere Menschen ist heute in unserer Gesellschaft immer  
238 noch ein alltägliches Problem. Fälle von körperlicher Gewalt sind zahlreich  
239 bekannt und auch psychische Gewalt gegen Frauen ist präsent. Die  
240 Selbstverständlichkeit, mit der Frauen und queere Menschen körperlich, verbal

241 und strukturell angegriffen werden, ist erschreckend. Täter\*innen kommen meist  
242 ungestraft davon und nur in Ausnahmefällen schreiten Außenstehende ein oder  
243 helfen dem Opfer. Dadurch wird nicht in Frage gestellt, ob gewalttätiges  
244 Verhalten gegenüber Frauen und queeren Menschen zu Unrecht passiert.

245 Nicht nur im gesellschaftlichen Kontext wird sexuelle Gewalt nicht konsequent  
246 genug verfolgt. Erst vor kurzem wurde klargestellt, dass ein "Nein" ein Grund  
247 ist, einen Missbrauch als Vergewaltigung anzeigen zu können. Betroffene müssen  
248 nach wie vor dafür kämpfen, dass das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, als  
249 solches anerkannt und geahndet wird. Initiativen, die Opfer sexueller Gewalt  
250 darin unterstützen, juristische Prozesse erfolgreich zu führen, müssen  
251 unterstützt werden!

252 Bei gerichtlichen Verfahren und Prozessen muss mehr Rücksicht auf die Gefühle  
253 und die psychische Verfassung der\*des Betroffenen gebracht werden. Der Schutz  
254 von Betroffenen muss jederzeit gewährleistet sein. Durch die Gewalterfahrungen  
255 sind Opfer häufig traumatisiert, die erneute Konfrontation kann sehr  
256 schmerzlich sein.

257 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert daher:

- 258 • mehr Präventionsarbeit im Hinblick auf sexuelle Gewalt, indem  
259 Vergewaltigungsmythen entlarvt werden und aufgezeigt wird, welches  
260 Verhalten bereits nicht mehr konsensual ist und damit einen Übergriff  
261 darstellt, in unserer Gesellschaft aber vielleicht bisher akzeptiert  
262 wurde.
- 263 • weitere Reformen im Sexualstrafrecht, die die Position der Betroffenen  
264 stärken und das Verfahren für sie erträglicher machen.
- 265 • Schulungen für Polizei und Justiz zum sensiblen Umgang mit Opfern von  
266 sexueller Gewalt.
- 267 • eine bessere finanzielle Unterstützung für Frauenschutzhäuser,  
268 Beratungsstellen und andere Schutzeinrichtungen für LGBTQIA\*-Menschen.  
269 Die Existenz solcher Einrichtungen muss sichergestellt werden, sowie die  
270 barrierefreie Gestaltung von Schutzräumen für Frauen und queere  
271 Menschen, da Menschen mit Beeinträchtigung noch häufiger von sexueller  
272 Gewalt betroffen sind.
- 273 • den Ausbau von Täter\*innenberatungsstellen.

274 Für eine gleichberechtigte Welt. Für eine queere Zukunft!

## **Begründung**

erfolgt mündlich